

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Darmstädter Zeitungen
Druck u. Verlag: Peter Druck
u. Verlagsgesellschaft m. b. H.
Aus. Zeitungen u. Monats-
hefte herausgegeben.
Sempach - Buchdruck 20. 20.

Abonnementpreis: Die Abonnementpreise der Zeitschriften über deren Raum die Anzeigen aus Aus- und dem Reich Schwarzwald 10 Dfl., außerordentliche Ausgaben so Dfl., Reichszeitungen für Aus- und den Reich Schwarzwald 10 Dfl., sonst 50 Dfl. Die größeren Abonnements entsprechender Kosten. Ausgabeannahme bis spätestens 1/2 Uhr vom 1. Die Zeitschrift kann Gewährleistung nicht geleistet werden, wenn eine Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 276.

Montag, den 29. November 1920.

15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Den Pariser Zeitungen zufolge werden am 1. Januar im besetzten deutschen Gebiete weitere acht französische Handelskammern eröffnet.

In einer Renter-Meldung aus Berlin wird berichtet, daß Harding die Absicht habe, sofort nach der Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Völkerbundes zu eröffnen.

Bei den Wahlen zum deutschösterreichischen Bundesrat wurden acht Sozialisten und vier Christlichsoziale gewählt. Unter den Sozialisten befindet sich auch Professor Dr. Hugo Hartmann.

Wie in gut informierten diplomatischen Kreisen verlautet, wurde zwischen der polnischen Regierung und Sowjetrußland ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

Sachsen's schlechte Kohlenversorgung.

Staatsanwaltschaft in Berlin. — Nicht Ziffern beweisen, sondern Argumente. — Ausgabe: Sonntags-Zeitung. Es fehlt an Koksraum. — Das Kleingewerbe in Gefahr.

Sachsen's Kohlenmühle schreien zum Himmel — in Berlin aber erscheint man aus dießenbinden, daß das gar nicht wahr sei! In Sachsen's Papier-, Holz- und Keramikindustrie, in Spinnereien und der Glasherstellerei können trotz vorliegender Milliardenstücke Hunderte von Schornsteinen nicht rauchen, weil es an Kohle fehlt — in Berlin aber sagt man, Sachsen sei besser (!) beliefert, als andere Länder. Zugleich man folgende einwandfreien Angaben: Anfang Oktober hatte der Landeskohlenkommissar den Reichskohlenkommissar auf die völlig unzureichende Kohlenförderung Sachsen's und auf die Folgen eines Zusammenbruchs der Industrie aufmerksam gemacht. Der Reichskohlenkommissar wurde ersucht, angeleitete der sächsischen Wirtschaftsleitung eine Erhöhung des Kohlenkontingentes vorzunehmen. Darauf antwortete unter dem 7. Oktober der Reichskohlenkommissar, daß das Land Sachsen sehr erheblich besser beliefert worden sei als Braunschweig. In Deutschland habe sich im August für die Industrie die Steinkohlenzufuhr vermindert, in Sachsen aber vermehrt. Eine Besserung der Kohlenbelieferung könne daher nicht in Aussicht gestellt werden!

Diese Antwort beweist, daß man in Berlin noch immer nicht gelernt hat, zu sehen, daß Sachsen eben ganz andere Verhältnisse hat als andere Länder. Sachsen hat nur 7,7 Prozent der Einwohner des Reiches, aber 29 Prozent aller Erwerbslosen. In Deutschland gibt es Säuber, wie z. B. Mecklenburg, wo es überhaupt keine Arbeitslosen gibt, so daß man schon dadurch veranlaßt werden sollte, Sachsen mit ganz anderem Maßstab zu messen. Tatsächlich ist Sachsen's Aufschluß an Steinkohle in jenem Monat August gestiegen — nämlich um ganze 6000 Tonnen. Es ist ganz unverständlich, wie der R. A. sagen kann, daß die Kohlenversorgung anderer Länder wesentlich schlechter sei als diejenige Sachsen's. Ist es denn so furchtbar schwer, zu begreifen, daß Sachsen, wo 82 Prozent aller Bewohner der Industriebewohner angehören, anders gehandelt werden muß als Mecklenburg, Bayern oder Oldenburg? Hier kommt man doch mit einer rein zahlenmäßigen Betrachtung nicht aus. In Sachsen konnten in dem angezogenen Monat August der Industrie an Steinkohle nur 52,2 Prozent an Brutto nur 68,1 Prozent, an böhmischer Kohle nur 53,8 Prozent der Bedarfsmengen überwiesen werden. Sachsen hat nur 27 Prozent der im letzten Friedensjahr aus Böhmen bezogenen Kohlenmenge zur Verfügung (monatlicher Ausfall von 220 000 Tonnen). Dieser Ausfall bedeutet geradezu eine Abgabe von Kohlen an einen Ententestaat und verschlechtert die Lage Sachsen's ganz gewaltig. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, müßte Sachsen eigentlich genau so behandelt werden, wie die Landesteile, denen als Ertrag für ausfallende Stahlwerke heute Brennstoffe aus anderen Kohlenerzeugungsgebieten zwangsläufig zugewiesen werden.

Trotzdem muß Sachsen seit einem Jahr von seiner monatlichen Winderförderung von 100 000 Tonnen und trotz Winderfuhr noch 29 000 Tonnen als Entente-Ersatz an Hamburg, Magdeburg, Kassel und Würtemberg abgeben. Der Leidtragende ist wiederum die sächsische Industrie und damit die sächsische Arbeiterschaft. Ferner muß Sachsen als Ersatz für ausfallende oberösterreichische Kohle 10 000 Tonnen sächsischer Steinkohle für die Eisenbahnen liefern, seit 1. Juli 1919 sogar noch monatlich 6000 Tonnen mehr. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Großsorten, die überwiegend dem Haushandel entzogen werden. Wölle 10 Prozent der sächsischen Gesamtförderung muß Sachsen als Zwangsablieferungen abführen (34 300 Tonnen). Es muß ferner bei im Krieg entstandenen Deutschen Erdöl A.-G. in Wölk monatlich weit über 30 000 Tonnen Brutto liefern, damit Del daraus für ganz Deutschland hergestellt werden kann. Diese Mengen werden Sachsen über nicht angerechnet. Ebenso wenig die 17 000 Tonnen, die an den badischen und württembergischen Haushandel und die 1000 Tonnen die an die bayerischen

Elektrizitätswerke gehen als Ruhrt-Ersatz. Bayern entnimmt ferner doppelt und dreifach, mehr als früher sächsische Brüder, woraus hervorgeht, daß sich im Laufe der Zeit eine unerwünschte Belastung der Braunkohlenwerke Sachsen's und Württembergs herausgebildet hat, die man nicht anders als indirekte Zwangsablieferungen bezeichnen kann; denn die nach Bayern gelieferten Mengen sind Ersatzlieferungen für vorher aus anderen Gebieten bezogene Brennstoffe und gehen den alten Abnehmern verloren. So stehen an böhmischer Braunkohle, sächsischer Steinkohle und Braunkohlenbrüder statt 1 032 500 Tonnen wie 1918, nur noch monatlich 727 400 Tonnen, also 305 100 Tonnen weniger zur Verfügung. Davon gehen noch ab die 81 300 Tonnen Zwangsablieferungen, so daß uns monatlich 386 400 Tonnen fehlen könnten 1918 in Sachsen 12 665 526 Tonnen verbraucht werden, so 1919 noch 8 959 284 Tonnen. Das ist eine Abnahme von 3 703 242 Tonnen, d. h. um 29 Prozent! Dabei haben wir heute weit mehr Industriebetriebe als 1918.

Was das scheint man in Berlin beim Studium der Altenbände völlig übersehen zu haben. Man rechnet dort: Mecklenburg hat ja viel. Sachsen aber soundsoviel mehr bekommen, ergo ist Sachsen ein besser beliefertes Land — fertig! Zu dem allen wird auch noch folgendes übersehen: In Sachsen ist die Haushaltungsversorgung und vor allem die Versorgung des Kleingewerbes sehr leicht. Das Kleingewerbe hat in Sachsen eine Entwicklung erreicht wie nirgends sonst in Deutschland, ja überhaupt kaum in einem anderen Lande. Der Anteil des Kleingewerbes an der gesamten Haushaltungsversorgung der Bevölkerungsbezirke ist daher von größerer Bedeutung; er beträgt bis zu 25 Prozent. Das heutige Sachsen zugesprochene Kontingenat ist völlig ungünstig, insbesondere dann, wenn, wie im Vorjahr, wiederum nur etwa 7 Scheinreihen zur Verfügung kommen. Holz und Torf sind nicht in dem Umfang zur Verfügung wie in anderen Ländern. Versagt nun die Haushaltungsversorgung, wie es bei der jetzigen Kontingenz Sachsen's unauflöslich ist, so steht das Kleingewerbe vor dem Zusammenbruch. Auf diese Weise, die zu den schwersten Erschütterungen des Wirtschaftslebens und zu einem weiteren gewaltigen Anstiegswellen der Zahl der Erwerbslosen mit ihren Folgen führen muß, kann nicht nachvollziehbar genug hingewiesen werden. Es muß das Bestreben aller verantwortlichen Stellen sein, schon um die heutige hohe Erwerbslosigkeit herabzusehen, für die Erwerbslosen Arbeit zu schaffen und sie von der Straße in die Arbeitsstätten zu bringen.

Man über sieht in Berlin, daß Sachsen tatsächlich ein zusammenhängendes Industriezentrum ist in unvergleichlich schwieriger Lage als alle anderen Bundesstaaten, weil Sachsen ohne erhebliche Landwirtschaft und ohne das gewaltige landwirtschaftliche Hinterland der preußischen Industriegebiete ist und daß es deshalb allen Gefahren und Erschütterungen der jetzigen Zeit ungleich stärker ausgesetzt ist als irgendein anderer deutscher Staat. Der Reichsarbeitsminister hat dieser besonderen Notlage Sachsen's Rechnung getragen, indem er der sächsischen Textilindustrie große Aufträge zugewiesen hat. Aber wie sollen die ausgeführt werden, wenn Sachsen nicht mehr Kohle bekommt? Was nützt's, wenn die Berliner Männer und für genügend beliefert erachten, insbesondere bei uns die Schornsteine nicht rauchen?

Riesenbedarf an Einfuhrgetreide.

Unsere ungenügende Brotversorgung. Die ungünstige Ernte 1920. Erhöhung des Brotpreises?

Im Reichsernährungsministerium, der Reichsgetreidestelle und im Reichswirtschaftsrat beschäftigt man sich im Augenblick sehr lebhaft mit der Frage, wie sich bis zur neuen Ernte die Brotversorgung gestalten wird. Die Hoffnung, daß man für die gesamte Bevölkerung eine wesentliche Erhöhung der Ration eintreten lassen könnte, ist nun endgültig zufrieden geworden. Wiel wichtiger ist die Frage, ob es möglich sein wird, die nötigen Mittel zum Ankauf des uns fehlenden Brotgetreides zu beschaffen. Das Ergebnis der so sehr überreichten Ernte 1920 beträgt etwa ein Drittel der Friedensdurchschnittsernten. Bei den Besprechungen in den genannten Behörden und Körperschaften, an denen Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Stückstoffindustrie und die Vertreter des Reichsernährungs- und des Reichsfinanzministeriums teilgenommen haben, ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß man so bald als möglich Maßnahmen treffen müsse, um vor allem die Brotversorgung der Bevölkerung wenigstens im Umfang der jetzt bestehenden Nationen sicherzustellen, dann aber vor allem dafür Sorge zu tragen, daß der Landwirtschaft für die kommende Ernte Üntergemittel in ausreichender Menge und zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gebracht werden. Nach den bisherigen Schätzungen benötigen wir zur Sicherung der Brotversorgung nicht 2, sondern 3 Millionen Tonnen Brotgetreide aus dem Ausland. Zum Ankauf dieser gewaltigen Mengen benötigt das Reich etwa 15 Milliarden Mark. Man war sich allgemein darüber klar, daß das Reich diese Zusätze auf die Lauer nicht leisten könne. Es sind nun verschiedene Vorschläge gemacht worden, die Brotversorgung

umzustalten, ohne daß bisher die maßgebenden amtlichen Stellen sich entschlossen haben, die eine oder die andere Lösung anzunehmen. Der Reichsernährungsminister hat den Vorschlag gemacht, den Ankauf des gesamten Auslandsgetreides zu monopolisieren, dafür aber das Auslandsgetreide freizugeben, weil seiner Ansicht nach der Handel besser als irgendwelche amtlichen Stellen imstande ist, von den Landwirten nicht abgeliefertes Getreide auf den Markt zu bringen. Gleichzeitig soll der Markt billiger als bisher an die Bauern abgegeben werden, um die Verflutung von Brotgetreide möglichst zu beschränken. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die Preise für Weißbrot wesentlich zu erhöhen und die hierbei erzielten Überflüsse zum Ankauf von Auslandsbrotgetreide zu verwenden. Eine andere Anregung läuft darauf hinaus, den Brotpreis ganz allgemein in die Höhe zu ziehen.

Das deutsche Kind.

Von M. G. delle Grazie.

Das furchtbare Elend, die tiefe, moralische Not, die mit dem Frieden von Versailles über uns gekommen, drückt sich nicht nur in den toten Ziffern aus, wie Handel und Wandel sie weisen, — den Verhältniszahlen von Elend und Tod, wie die Statistik sie wieder mit fleischigen Händen zusammensetzt. Ihnen gegenüber steht eine viel entzücktere, eine nahezu unbeschreibbare Reihe Lebender Ziffern, in denen sich unser Elend so erschitternd ausdrückt wie nichts, was diese Welt bisher an Not und Elend gesehen. Es sind die Kinder unseres Volkes! Die Kinder, die großen Hunger, Siechtum, Frost- und Trostlosigkeit verkommen, uns erst ganz erkennen lassen, was mit uns geschehen, an uns verbrochen worden ist. Und das ist eine Berluszahl, die nicht nur in der Gegenwart steht. Sie reicht, wenn man die Folgen dieses Marthariums in diesem Alter erwägt, bis in eine Zukunft hinein, die das Herz aller Villigen den Raum auszudenken wagt — über ganze Generationen hinweg und — wer sagt es? — über wie viele noch Ungeborene hinüber!

Das deutsche Kind — heißt es uns retten! Das Kind, das wir alle geliebt, das uns Poesie und Imbissgriff der Seele des Volkes ist dem wir mit Leib und Seele angehören. Das Kind, von dem unsere Dichter singen, für das unsere Mütter sorgen, um das Vater und Lehrer bangen, weil es die künftige Blüte dieses Volkes ist und bleiben wird. Das Kind, das deutsche Kind — das, wie keines sonst selbst in den Säuen und Märchen des Volkes seine Verklärung gefunden hat. Das Volkssünden und Schneewittchen und Dornröschen und Schneekönigin und Hänsel und Gretel und das allzeit getreue Schwesternlein... Vor wen stande es nicht wieder auf, in diesen unsterblichen Erfahrungen des eigenen Wesens, die sich uns in diesen Gestalten immer wieder, immer höher vorlebendigen? Mit ihnen alle Dienst der deutschen Seele, alle Innigkeit deutschen Geistes — Vertrauensseligkeit und Duldermut und Süße und Treue und eine Herzzenanmut, ein Liebestrift, die die ganze Welt nicht ihr eigen nennt, so viel Kultur sie auch zu haben meint. — Und dieses Kind sollen wir vereilen lassen? Führt es nicht opfern, was wir überhaupt noch zu opfern haben — und war es das — Pepte? Heraus aus der dumpfen lethargie, in die Verrat und Schmach und Würdelosigkeit uns lange genug verjagt und verstrickt! Und die Ihr nicht mitleiden, nicht mit-hungern mußtet an diesem Krieg und in diesem Frieden — die der Krieg sich gemacht hat mit blutigem Gold — erwacht aus Wohlsein und Sorglosigkeit und lebt euch die Kinder jener an, die hingefunden für euch und euer Gut! Und bedenkt:

Es ist das deutsche Kind, dem geholfen werden soll und dieses Kind ist auch mein Kind, ob ich selbst nun eines mein eigen nenne oder nicht. Auch mein Kind! Ober ich selbst war nie ein deutsches Kind! Nicht Stand, nicht Art, nicht Glaube und Konfession sollen errogen, festgestellt und — betont werden. Der Charitaßverband der Katholiken Deutschlands steht Hand in Hand mit dem Generalausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche vor euch — der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge reicht den Vereinen des Roten Kreuzes die Hand. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, die Vereinigung für Kinderhilfe, die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden — sie alle, alle, bitten, werben, heben siehend die Hände empor, erschüttert von dem unzähligen Elend, daß sie täglich leben — das unserer Kinder Heute und Morgen ist und vielleicht eines ganzen Volkes Dämmerung. — Wahrlich! Wenn dem deutschen Volk geholfen werden kann und soll — durch das deutsche Kind, das wir retten wollen, soll und wird es geschehen!

Kleine politische Meldungen.

Die Besprechungen mit v. Rath. Über das Ergebnis der verschiedenen Besprechungen, die Ministerpräsident v. Rath in Berlin mit maßgebenden Reichsbehörden hatte, wird amlich mitgeteilt, daß der bayerische Ministerpräsident die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes und die Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen auch für Bayern als notwendiges Ziel anerkennt und nur, was die für die Entwaffnungsmassnahmen zu bestimmten Seiten angeht, eine Verstärkung der besonderen bayrischen Verhältnisse für unumgänglich erachtet.